

Der Landrat
Fachdienst 6.1
Planen und Bauen
Immissionsschutz

Gegen Postzustellungsurkunde

Herrn
Georg Weglage
Auf dem Orte 3

49586 Merzen

Datum: 22.10.2013

Zimmer-Nr.:

Auskunft erteilt:

Durchwahl:

Tel. (0541) 501-

Fax: (0541) 501-

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen, meine Nachricht vom

FD 6-11-1100-2013

I.

Genehmigung

Aufgrund Ihres Antrages vom 06.03.2013, zuletzt ergänzt am 01.10.2013

wird Ihnen gemäß

- § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in der Neufassung vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1275) und der 9. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (9. BImSchV vom 29.05.1992 (BGBl. I, S. 1001), in der z. Zt. geltenden Fassung,
- § 1 und 2 und der lfd. Nr. 7.1.7.1, Spalte C, Buchstabe G des Anhangs Nr. 1 der 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) i. d. Fassung vom 02.05.2013 (BGBl. I S. 973),
- der Verordnung über Zuständigkeiten auf den Gebieten des Arbeitsschutz-, Immissionschutz-, Sprengstoff-, Gentechnik- und Strahlenschutzrechts sowie in anderen Rechtsgebieten (ZustVO-Umwelt-Arbeitsschutz) vom 27.10.2009 (Nds. GVBl. 2009, S. 374), in der z. Zt. geltenden Fassung

die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur wesentlichen Änderung des Betriebes

- **Anbau- und Erweiterungsmaßnahmen an bestehenden Ställen**
- **Einbau von DLG-zertifizierten Abluftreinigungsanlagen**

erteilt.

-2-

Standort der Anlage:

49586 Merzen, Auf dem Orte
Gemarkung: Südmerzen
Flur(e): 6
Flurstück(e): 153/2

Nach Durchführung dieser Maßnahmen ist es Ihnen erlaubt maximal

- 7.868 Mastschweine

und

- eine Güllelagerung von insgesamt 18.659 m³

zu unterhalten.

Diese behördliche Genehmigung schließt die
nach § 59 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) **erforderliche Baugenehmigung**
ein.

Diese Genehmigung ergeht unbeschadet der Rechte Dritter und der behördlichen Entscheidungen,
die nach § 13 BImSchG von der Genehmigung ausgeschlossen sind.

Die immissionsschutzrechtliche und veterinärbehördliche Schlussabnahme wird
angeordnet.

Die Abnahme ist 4 Wochen vor der ersten Belegung der Stallanlage zu beantra-
gen.

Die aufgeführten Antragsunterlagen (und darin gemachten Angaben hinsichtlich Anzahlen,
Größen, technische Angaben und Mengen) sind Bestandteil dieses Genehmigungsbescheides.
Sie sind verbindlich, soweit sich aus dem Tenor und den Nebenbestimmungen nichts anderes
ergibt.

Die Genehmigung und die als Anlagen beigefügten Unterlagen sind in dem Betrieb
so aufzubewahren, dass sie jederzeit vorgelegt werden können.

II. Antragsunterlagen

Folgende Unterlagen liegen dieser Genehmigung zugrunde:

- Antrag nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz
- Verpflichtungserklärung über die Installation des Anschlusses QN6 und die Bereitstellung
von 10 m³/h Wassermenge (Schreiben des Wasserverbandes Bersenbrück vom 07.09.2012)
bei Fertigstellung und Inbetriebnahme des Bauvorhabens
- Übersichtskarten
- Übersicht über die Betriebseinheiten

- Gesamtübersicht Tierhaltung
- Beschreibung der Betriebseinheiten (einschl. Ausrüstung und Technik)
- Angaben zum Gesamtbetrieb
- Übersicht über Maßnahmen im Falle von Störungen im Verfahrensablauf
- Berechnung des Gülleaufkommens
- Flächenübersicht 2012
- Pachtvertrag Siewert / Weglage
- Pachtvertrag Tebbe / Weglage
- Verpflichtungserklärungen über den Einsatz von RAM-2-Alleinfutter (Hofmischungen) in der Schweinemast
- Abgabeverträge über Wirtschaftsdünger (Weglage / Dirkes und Weglage / Lohnbetrieb Lührmann)
- Auslegungsbescheinigung / Wartungsvertrag / Beschreibung und Funktion über den RIMU-Abluftwäscher
- Bauantrag
- Baubeschreibung
- Bauzeichnungen
- Lageplan
- Baudaten / Herstellungskosten
- Schreiben des Wasserverbandes Bersenbrück (Hausanschluss / Wasserlieferung) vom 07.09.2012
- Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (BIO-CONSULT) vom Juli 2012
- Brandschutzkonzept (Wijnfeld Ingenieure vom 04.06.2012)
- Baugrunduntersuchung / Geotechnisches Gründungsgutachten vom 03.09.2013 (Dipl.-Geol. Dirk Schaefer)

Über die Landwirtschaftskammer Niedersachsen vorgelegt:

- Erhebungsbogen zum Qualifizierten Flächennachweis
- Gesamtflächen- und Nutzungsnachweise (2013)
- Umweltverträglichkeitsstudie (einschl. Landschaftspflegerischer Begleitplan) vom 01.03.2013

III. Bedingungen

-Es wird zugelassen, dass die Nachweise über die Standsicherheit und die dazugehörigen Ausführungszeichnungen erst nach Erteilung der Genehmigung vorgelegt werden.

Die Bauvorlagen sind so rechtzeitig bei der Genehmigungsbehörde einzureichen, dass sie unter Berücksichtigung der Prüfzeit für die bautechnische Prüfung bis zum Baubeginn bzw. vor Ausführung der entsprechenden Bauteile geprüft auf der Baustelle vorliegen.

Ich weise darauf hin, dass die Zuwiderhandlung gegen diese Bedingung eine Ordnungswidrigkeit nach § 80 NBauO darstellt, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann.

Die Gebühren für die Prüfung der notwendigen statischen Nachweise werden Ihnen gesondert in Rechnung gestellt.

Vor Inbetriebnahme der geplanten Anlagen

-ist die Erlaubnis über die Einleitung von Niederschlagswasser in ein oberirdisches Gewässer / Grundwasser gem. § 10 WHG vorzulegen.

IV. Auflagen

WESTNETZ
Regionalzentrum Osnabrück
Netzplanung

Eine Überprüfung in der Örtlichkeit hat ergeben, dass die o. g. Bauvorhaben (Stall 3 und 4) unter unserer 30 kV-Freileitung „Neuenkirchen West“ errichtet werden sollen.

Der Abstand zwischen den Leiterseilen und den Baukörpern ist gemäß DIN EN 50423-1 nicht ausreichend.

Damit die Bauvorhaben in der vorgelegten Form realisiert werden können, werden wir die vorhandene Mittelspannungs-Freileitung auf dem o. g. Baugrundstück demontieren und in einer neuen Trassenführung den Erfordernissen anpassen.

Die Baukosten der Maßnahmen werden von uns getragen.

-Der Baubeginn ist uns vom Bauherren mindestens 8 Wochen vorher mitzuteilen.

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, dass bis zur Demontage der über das Grundstück verlaufenden 30 kV-Freileitung jede Annäherung an die Versorgungseinrichtungen, insbesondere mit Gerüststangen, Leitern usw. im Hinblick auf die geplanten und durchzuführenden Bauarbeiten mit Lebensgefahr verbunden ist.

-Im Bereich der 30 kV-Freileitung dürfen Bagger, Lastkraftwagen oder andere Großbaugeräte nur dann zum Einsatz gebracht werden, wenn durch bauliche Abmessungen oder durch mechanische Verriegelung beweglicher Teile dieser Geräte gewährleistet ist, dass der Sicherheitsabstand von 5,00 m zu den Leiterseilen nicht unterschritten wird.

Es ist daher erforderlich, alle Beteiligten von dieser Notwendigkeit anhand des Merkblattes „Bagger und Krane – Elektrische Freileitungen“ der Bauberufsgenossenschaft zu unterrichten.

Sozialversicherung für Landwirtschaft,
Forsten und Gartenbau
Berufsgenossenschaft

1. Die baulichen Anlagen sind so auszuführen, dass sie den Unfallverhütungsvorschriften der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, insbesondere der VSG 2.1 „Arbeitsstätten, bauliche Anlagen und Einrichtungen“ und der VSG 2.8 „Güllelagerung, Gruben, Kanäle und Brunnen“ entsprechen.
2. Bei Planung und Ausführung des Bauvorhabens ist die Baustellenverordnung zu berücksichtigen.

Aufgrund der ersichtlichen Größe des Bauvorhabens ist grundsätzlich davon auszugehen, dass der Bauherr gem. § 3 der BaustellVO einen Koordinator bestellen muss und dass ein Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan erstellt werden muss.

Insbesondere ist zu prüfen, ob folgende Forderungen ebenfalls zu erfüllen sind:

- Erstellung / Übermittlung / Aushang einer Vorankündigung,
- Erstellung einer Unterlage.

Zuständige Behörde für die Kontrolle der Umsetzung der BaustellVO bei landw. Bauvorhaben ist in Niedersachsen die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.

3. Güllelagerung, Gruben, Kanäle und Brunnen

Besondere Unfallgefahren gehen von der Gülleinnenlagerung aus, da sich Schadgase z. B. beim Aufrühren oder der Entnahme direkt im Stall ausbreiten. Das kann zu tödlichen Konzentrationen, insbesondere von giftigem Schwefelwasserstoff, führen.

An den Umlenkstellen, Rühr- und Ablass- bzw. Entnahmestellen des Kanalsystems können erhöhte Turbulenzen, damit verbundene vermehrte Schadgasfreisetzung, entstehen.

Es muss sichergestellt sein, dass durch geeignete Maßnahmen Schadgase aus Gruben und Kanälen im Freien nicht in Gebäude einströmen können (VSG 2.8 § 5 Abs. 1 Ziffer 1).

Bei geschlossenen Gruben müssen an gegenüberliegenden Seiten unverschließbare Entlüftungsöffnungen ins Freie vorhanden sein (VSG 2.8 § 5 Abs. 1 Ziffer 2).

Die Entlüftungsöffnungen sind entspr. DIN 11622-1 z. B. mind. 20 cm / 20 cm auszuführen.

Es muss sichergestellt sein, dass unnötiges Aufwirbeln der Fäkalien vermieden wird (VSG 2.8 § 5 Abs. 1 Ziffer 4).

Als Sicherung gegen Hineinstürzen von Personen in Gruben und Kanälen sind VSG 2.8 § 2 Abs. 1, 2 mit DA Ziffer 1 bis 3 und als Sicherung an Entnahme- und Einstiegsöffnungen VSG 2.8 § 3 mit DA Ziffer 1 bis 4 zu beachten.

Nach VSG 2.8 § 7 müssen an Öffnungen von Behältern und Kanälen an sichtbarer Stelle Warnschilder angebracht sein, die auf die Gefahren von Gasen hinweisen.

4. Elektrische Anlagen und Betriebsmittel

Die elektrische Installation hat nach der Unfallverhütungsvorschrift VSG 1.4 und den VDE-Vorschriften zu erfolgen.

Insbesondere muss beachtet werden, dass bei Stromkreisen, an die Steckdosen angeschlossen sind, der Nennfehlerstrom des Fehlerstromschutzschalters 0,03 A nicht überschreiten darf.

5. Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung

Die Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung hat nach der Technischen Regel für Arbeitsstätten ASR A 1.3 zu erfolgen.

6. Stalleinrichtung

Bei der Ausführung der Stalleinrichtung ist die VSG 3.1 § 1 zu beachten.

Für die Gesamtanlage der Stalleinrichtung muss der Hersteller die Einhaltung der grundlegenden Sicherheits- und Gesundheitsschutzanforderungen der betreffenden EG-Richtlinien bestätigen. Dementsprechend muss eine Konformitätserklärung erstellt werden und die Anlage ist mit einem CE-Kennzeichen zu versehen.

7. Lüftungsanlage CE Kennzeichnung

Für die Lüftungsanlage muss der Hersteller die Einhaltung der grundlegenden Sicherheits- und Gesundheitsschutzanforderungen der betreffenden EG-Richtlinien bestätigen.

Dementsprechend muss eine Konformitätserklärung erstellt werden und die Anlage ist mit einem CE-Kennzeichen zu versehen.

8. Flucht- und Rettungswege

Aus den Planunterlagen ist die Ausführung der Türen nicht bzw. teilweise nicht ersichtlich.

Die Flucht- und Rettungswege müssen entsprechend der Technischen Regel für Arbeitsstätten ASR A 2.3 ausgeführt werden.

Entsprechend müssen die Türen nach außen und somit in Fluchtrichtung aufschlagen.

9. Türen in der Abluftreinigungsanlage

Die Türen der begehbaren Abluftreinigungsanlage müssen jederzeit von innen zu öffnen sein (VSG 2.1 § 9 (3), Ziff. 6).

10. Arbeitsstättenverordnung

Das Arbeitsschutzgesetz und die auf dessen Grundlage erlassenen Verordnungen, insbesondere die Arbeitsstättenverordnung, sind einzuhalten.

Fachdienst Planen und Bauen

Bauaufsicht

- Das vorgelegte **Brandschutzkonzept** und die darin getroffenen Aussagen sind Bestandteil dieser Genehmigung.
Die im Konzept genannten **Anforderungen sind genauestens zu beachten und umzusetzen.**

Immissionsschutz

1. Auf dem Betrieb dürfen nach Änderung der beantragten Maßnahmen folgende Tierplätze vorhanden sein:

Betriebseinheit Nr.	Tierart	Tierzahl
1	Mastschweine	1.980
2	Mastschweine	2.300
3	Mastschweine	1.656
4	Mastschweine	1.932

2. Die immissionsschutzrechtliche Abnahme wird angeordnet. Die Abnahme ist 4 Wochen vor der ersten Belegung zu beantragen.
3. Die Stallungen müssen entsprechend der DIN 18910 "Klima in geschlossenen Ställen" mit einer Lüftungsanlage versehen sein, die zentral über Dach entlüftet.

4. Die Abluftaustrittsöffnungen müssen bei den Betriebseinheiten 1 bis 4 mindestens 11 m über Grund liegen, dürfen keine Abdeckungen haben und müssen zentral über Dach absaugen. Die Lage der Abluftaustrittsschächte ist der Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) zu entnehmen.
5. Zulässig ist nur eine Unterdruck-Entlüftung, wobei sicherzustellen ist, dass eine gleichmäßige Raumdurchströmung der Zuluft erfolgt.
Bei Verwendung einer Unterflurabsaugung darf der maximale Füllstand der sich unter dem Stall befindlichen Güllezwischenlagerung höchstens bis 50 cm unterhalb der Spalten ansteigen. Die Abluft ist mit niedriger Geschwindigkeit (maximal 3 m/s) direkt unter dem Spaltenboden abzusaugen.
6. Über die ordnungsgemäße Installation der Lüftungsanlagen in den Betriebseinheiten 1 - 4 ist vor Inbetriebnahme der Stallungen eine Bescheinigung des Installateurs vorzulegen. Alle 3 Jahre, gerechnet ab dem Datum der Inbetriebnahme der Stallungen, ist die Lüftungsanlage durch ein Fachunternehmen überprüfen zu lassen. Durch Bescheinigung des Fachunternehmens ist nachzuweisen, dass die geforderten Leistungswerte der Lüftungsanlage weiterhin eingehalten werden. Diese Bescheinigung ist nach hier einzureichen.
7. Die Betriebseinheiten 1 und 4 sowie 2 und 3 sind jeweils mit einer DLG- zertifizierten Abluftreinigungsanlage entsprechend dem vorgelegten Konzept auszurüsten. Die Abluft ist zentral zu sammeln und der Abluftreinigungsanlage zuzuleiten.
8. Die folgenden Emissionsminderungsgrade müssen durch die Abluftreinigungsanlagen an den Betriebseinheiten 1 und 4 sowie 2 und 3 erfüllt werden:
Geruch: Das Reingas darf keine rohgasspezifischen Qualitäten aufweisen. Die Geruchsstoffkonzentration des Reingases darf maximal 300 GE je m³ Luft betragen.
Gesamtstaub: ≥ 70 %
Ammoniak: ≥ 70 %
9. Über die ordnungsgemäße Installation der Abluftreinigungsanlagen in den Betriebseinheiten 1 und 4 sowie 2 und 3 ist vor Inbetriebnahme der Stallungen eine Bescheinigung des Installateurs vorzulegen.
10. Eine Abnahmemessung für die Abluftreinigungsanlagen in den Betriebseinheiten 1 und 4 sowie 2 und 3 durch eine Messstelle nach § 26 BImSchG soll innerhalb eines Jahres nach Inbetriebnahme, frühestens nach 4 Monaten und bei voller Belastung erfolgen. Eine Wiederholungsmessung ist alle 3 Jahre notwendig. Eine Wiederholungsmessung ist auch notwendig, wenn zu befürchten ist, dass durch die Anlage schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden. Von einer Wiederholungsmessung kann abgesehen werden, wenn ein jährlicher Check – up durch eine zugelassene Messstelle vorgelegt wird. Das Ergebnis ist der Genehmigungsbehörde vorzulegen.
11. Sofern die festgelegten Wirkungsgrade der Abluftreinigungsanlagen nicht erreicht werden, behält sich der Landkreis Osnabrück gemäß § 12 Abs.2a BImSchG vor, diesen Bescheid nachträglich um weitere Auflagen zur Begrenzung von Emissionen zu ergänzen (Auflagenvorbehalt).
12. Es ist sicherzustellen, dass beim Betrieb der Anlage keine diffusen Abluftquellen z.B. offene Fenster oder Türen entstehen. Außerhalb der Entnahmezeiten müssen Gülleentnahmeschächte geschlossen bleiben.
13. Für die Abluftreinigungsanlagen in den gesamten Betriebseinheiten ist ein Pflege- und Wartungskonzept aufzustellen und der Genehmigungsbehörde innerhalb von 3 Monaten nach Zustellung des Genehmigungsbescheides vorzulegen. In diesem Konzept ist darzulegen, welche regelmäßigen Pflege- und Wartungsarbeiten durchgeführt werden, um einen ordnungsgemäßen Betrieb zu dokumentieren.

Es sind u.a. Angaben zu folgenden Punkten aufzunehmen:

- regelmäßige visuelle Kontrolle (mindestens wöchentlich)
- gleichmäßige Durchströmung der Anlage (regelmäßige Messung mit Probenahmehaube und Anemometer (jährlich)
- Druckdifferenzüberwachung (kontinuierlich)
- pH-Wert-Messungen im Rücklaufwasser (mindestens vierteljährlich)
- Maßnahmen bei Störungen
- Angaben zu Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten
- Führung eines Betriebstagebuches

14. Die in dem Pflege- und Wartungskonzept aufgeführten Maßnahmen sind durch den Anlagenbetreiber als Eigenkontrollmaßnahmen durchzuführen. Die Durchführung ist im Betriebstagebuch zu dokumentieren. Das Betriebstagebuch ist mindestens 5 Jahre aufzubewahren.
15. Der vorliegende Wartungsvertrag mit der Herstellerfirma ist Bestandteil der Genehmigung. Das Ergebnis der Wartung ist zu protokollieren und der Genehmigungsbehörde unaufgefordert vorzulegen. Der ordnungsgemäße Zustand der Abluftreinigungsanlage ist im Ergebnis der Wartung zu bescheinigen.
16. In der Schweinehaltung wird ausschließlich stickstoff- und phosphor-reduziertes RAM Futter eingesetzt.
17. Das Bauvorhaben und der Betrieb der Tierhaltungsanlage ist so zu gestalten, dass die folgenden Immissions- Richtwerte (TA Lärm) in der Nachbarschaft gegenüber den nächstgelegenen Wohnhäusern- gemessen 0,5 m vor dem geöffneten, vom Lärm am stärksten betroffenen Fenster- nicht überschritten werden.

tagsüber (6 – 22 Uhr) – 60 dB(A)
nachts (22 Uhr – 6 Uhr) – 45 dB(A)

Der Landkreis Osnabrück behält sich vor, auf Kosten des Betreibers zur Nachprüfbarkeit der Einhaltung der Lärm- und Immissionsrichtwerte, durch gutachterliche Stellungnahme oder Ermittlung einer nach §26 BImSchG anerkannten Stelle eine Geräuschemessung nach Inbetriebnahme durchführen zu lassen.
Bei einer Überschreitung der zulässigen Lärmwerte können dem Betreiber entsprechende weitergehende Maßnahmen zur Minderung der Lärmimmissionen auferlegt werden.
18. Die Anlieferung von Futtermitteln sowie die Gülleabfuhr haben grundsätzlich innerhalb der Tagzeiten (zwischen 6.00 Uhr und 22.00 Uhr) zu erfolgen.
19. Auf größtmögliche Trockenheit und Sauberkeit im Stall ist zu achten. Insbesondere sind die Lüftungskanäle regelmäßig auf Staubablagerungen hin zu überprüfen und gegebenenfalls zu reinigen.
20. Ich behalte mir ausdrücklich vor, nachträglich Auflagen bzw. Änderungen und Ergänzungen zu fordern (Auflagenvorbehalt).
21. Die Umweltverträglichkeitsstudie der Landwirtschaftskammer Niedersachsen aus März 2013 und die Ergänzung vom 21.Juni 2013 sind als zusätzliche Antragsunterlagen Bestandteile des BImSchG-Antrages und auch Bestandteile der Genehmigung nach dem BImSchG. Bei der Umsetzung von emissions- und immissionsmindernden Maßnahmen sind auch die in den Gutachten getroffenen Annahmen verbindlich und beim Bau und Betrieb des Bauvorhabens zu beachten.

Landwirtschaftskammer Niedersachsen
Außenstelle Bersenbrück

Der in der Tierhaltung des Gesamtbetriebes Weglage zukünftig anfallende Wirtschaftsdünger kann auf der selbst bewirtschafteten Flächen von 436,8 ha LF unter folgenden düngerechtlichen Voraussetzungen ordnungsgemäß verwertet werden:

- In der gesamten Schweinemast wird ausschließlich stickstoff- und phosphorreduziertes RAM-II-Futter (Hofmischung) eingesetzt.
- Jährlich wird eine 6.750 kg Phosphat (P_2O_5) enthaltende Menge an Mastschweinegülle (bei RAM und 5 % TS ca. 2.500 m³) an Walter Dirkes, Merzen, zur Vergärung in der Biogasanlage der Biogas Dirkes GmbH & Co. KG abgegeben.
- Zusätzlich wird jährlich eine 7.560 kg (P_2O_5) enthaltende Menge an Mastschweinegülle (RAM, 5 % TS, ca. 2.800 m³) an den Lohnbetrieb Andreas Lührmann, Neuenkirchen, zur ordnungsgemäßen und nachvollziehbaren Verwertung auf Grundlage der Nds. „Rahmenvereinbarung über die ordnungsgemäße, überbetriebliche Verwertung organischer Nährstoffträger“ abgegeben.
- Nach Fertigstellung der Bauvorhaben wird zusätzlich jährlich eine 16.740 kg (P_2O_5) enthaltende Menge an Mastschweinegülle (RAM, 5 % TS, ca. 6.200 m³) an den Lohnbetrieb Andreas Lührmann, Neuenkirchen, zur ordnungsgemäßen und nachvollziehbaren Verwertung auf Grundlage der Nds. „Rahmenvereinbarung über die ordnungsgemäße, überbetriebliche Verwertung organischer Nährstoffträger“ abgegeben.

Ergänzung seitens der Genehmigungsbehörde

- Die Abgabe des Wirtschaftsdüngers

ist durch Lieferscheine, aus denen Art und Menge (in Tonnen oder cbm), der Abnehmer und das Datum der Abgabe hervorgehen, zu dokumentieren. Sie müssen vom Abnehmer rechtsverbindlich unterschrieben sein. Die Lieferscheine sind mindestens 5 Jahre aufzubewahren. Sie sind dem Landkreis Osnabrück oder einem von diesem beauftragten Dritten neben weiteren Unterlagen, aus denen die Zahl der gehaltenen Tiere und der selbst bewirtschafteten Fläche hervorgeht, sowie ggf. Buchführungsunterlagen auf Verlangen zu Prüfungszwecken vorzulegen.

Fachdienst Umwelt

Untere Naturschutz- und Waldbehörde

- Die Aussagen zur naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung gem. § 14 BNatSchG **sind Bestandteil des Genehmigungsbescheides.**

Untere Wasserbehörde
Abteilung Grundwasserschutz

Ställe 3 + 4 (jeweils 2 Bauabschnitte)

Nebenbestimmungen

zur Herstellung von Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Gülle und Jauche in Massivbauweise (ohne Leckerkennungseinrichtungen)

- 1) Die Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Gülle und Jauche sind so einzubauen, aufzustellen, zu unterhalten und zu betreiben, dass sie bei bestimmungsgemäßem Betrieb nicht undicht werden können. Durch geeignete technische Maßnahmen ist sicherzustellen, dass ein Eindringen von Gülle und Jauche in die Gewässer (Grundwasser / oberirdische Gewässer) oder in die Kanalisation auch bei Betriebsstörungen verhindert wird.
- 2) Bei den Güllelagerstätten / Güllebehältern ist bei der Herstellung der Stahlbetonwände die Sicherung durch Abstandhalter aus Beton oder Faserzement - nicht aus glattem Kunststoff - durchzuführen. **Die Schalungsanker sind in WU-Qualität, d. h. mit innenliegender Wassersperre auszuführen.** Hierbei sind die Verfahrensanweisungen der wasserrechtlich zugelassenen Systeme der Herstellerfirmen zu beachten.
- 3) Die baulichen Anlagen und Installationen sind durch fachlich geeignete Firmen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik auszuführen.
- 4) Dehnungs-, Arbeits- und Anschlussfugen, Fertigteilstöße sowie Rohranschlüsse sind entsprechend ihrer Aufgabe mit einem geeigneten Material dauerhaft (elastisch) abzudichten. Für die Fugen ist der Nachweis der Eignung des Dichtungselementes (Fugenverbundmasse, Fugenbänder usw.) zu erbringen (z.B. gemäß DIN 11622, Teil 1).
- 5) Erdverlegte Rohrleitungskanäle aus vorgefertigten Rohren sind in einer dauerhaft dichten Ausführung aus Steinzeugrohren nach DIN EN 295-1 oder aus PVC-hart-Rohren nach DIN 19531 herzustellen. Hinsichtlich der Ausführung sind die Anforderungen der DIN EN 1610 – Verlegung und Prüfung von Abwasserleitungen -und Kanälen maßgebend.
- 6) Die Entnahmeeinrichtungen sind gegen unbefugtes Inbetriebsetzen zu sichern.
- 7) Plätze, auf denen Gülle und Jauche abgefüllt werden, müssen bei Druckbefüllung in einer Größe von mindestens 4,00 x 6,00 m befestigt sein (dichte Beton- oder Asphaltdecke).

Die Entwässerung der Abfüllplätze ist im freien Gefälle (3%) mit Ableitung in einen Sammel-schacht / Vorgrube oder ggf. über eine Pumpe zum Beispiel in den Lagerbehälter vorzunehmen. Im Bereich des Abfüllplatzes und der Entwässerungseinrichtung müssen auch kleinere Mengen von auslaufender Gülle und Jauche zurückgehalten werden können.

- 8) Das Entnehmen oder Umfüllen von Gülle und Jauche ist während der Dauer des gesamten Vorganges zu beaufsichtigen. Es dürfen nur Rohre und Schläuche mit dichten Verbindungen verwendet werden.
Bewegliche Rohrleitungen müssen in ihrer gesamten Länge sichtbar und bei Dunkelheit während des Umfüllvorganges ausreichend beleuchtet sein.
- 9) Gülle und Jauche sind in verschlossenen, dichten Transportbehältern zu befördern.
Äußere grobe Verschmutzungen der Transportbehälter sind zu vermeiden.
- 10) Überwachung der Anlagen durch den/die Betreiber/in:

Der/Die Betreiber/in hat die Funktionssicherheit der Anlagen durch regelmäßige Zustandskontrollen sicherzustellen. Dabei ist vor allem auf die Dichtheit der Anlagenteile zu achten.

Die zugänglichen Anlagenteile wie Armaturen, Rohrleitungen und die sichtbaren Teile des Behälters sind jährlich durch Sicht- bzw. Funktionskontrollen von dem/der Betreiber/in zu überprüfen.

Bei Verdacht auf Undichtheit ist die untere Wasserbehörde, Landkreis Osnabrück - Fachdienst Umwelt -, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück, unverzüglich zu benachrichtigen und es sind im Einvernehmen mit dieser evtl. erforderliche Sofortmaßnahmen zu veranlassen.

11) Prüfung der Anlagen und Dichtheitsprüfung:

Vor der Schlussabnahme sind die Behälter und Rohrleitungen auf ihre Dichtheit zu prüfen.

Eine visuelle Überprüfung der Anlage durch den Bauherrn und den verantwortlichen Unternehmer darf keine möglichen Undichtheiten, wie z.B. Risse, Lunken oder sonstige Qualitätsmängel des Betons erkennen lassen.

Die Dichtheit des Lagerbehälters ist durch eine möglichst bis zur Geländeoberkante reichende, mindestens aber 50 cm hohe Füllung mit Wasser am freistehenden bzw. nicht hinterfüllten Behälter nachzuweisen. Der Anschluss der Behälterwand an die Sohlplatte muss während der Dichtheitsprüfung frei einsehbar sein.

Dabei dürfen über einen Beobachtungszeitraum von 48 Stunden keine sichtbaren Wasser-
austritte und keine Durchfeuchtungen auftreten.

Über den Abschluss der Befüllung mit Wasser ist die untere Wasserbehörde, Landkreis Osnabrück - Fachdienst Umwelt -, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück, als untere Wasserbehörde umgehend telefonisch zu informieren sowie ein Termin für die Dichtheitsprüfung zu vereinbaren (Tel.: 0541 / 501-4217).

Die Dichtheitsprüfung hat in Anwesenheit des/der Bauherrn/Bauherrin, des verantwortlichen Unternehmers sowie eines Technischen Vertreters des Landkreises Osnabrück zu erfolgen.

Das Ergebnis der Prüfung ist in einem Protokoll - das von allen Beteiligten zu unterzeichnen ist - zu vermerken.

Fachdienst 10

Veterinärdienst für Landkreis und Stadt Osnabrück

- Befestigung des Bodens

Vor den Stallein- und -ausgängen sowie am Ort der Mist-, Jauche- oder Flüssigmistausbringung ist der Boden an der Auslauf- bzw. Verladeseite wasserundurchlässig (Beton- oder Teerdecke) zu befestigen;

die Befestigung muss mindestens eine Fläche abdecken, die als Rechteck 5 m vor das Gebäude reicht und seitlich beidseits 1 m breiter als der Stallein- oder -ausgang ist.

Zusätzlich muss im Fall von Mist-, Jauche- oder Flüssigmistentnahmen seitlich der Standfläche der verwendeten Wirtschaftsfahrzeuge die Befestigung 1 m breiter sein als das Fahrzeug.

Für Abflussmöglichkeiten des Oberflächenwassers an der Auslauf- und Mistausbringungsseite in eine Jauche- oder Güllegrube ist zu sorgen.

- An den Stallein- und -ausgängen sind Vorrichtungen zur Stiefelreinigung zu installieren.
- Verendete Schweine sind bis zur Abholung durch die zuständige Tierkörperbeseitigungsanstalt in einem für diesen Zweck dienenden geschlossenen gegen Wärme isolierten Raum (Kadaverraum) außerhalb der Stallungen zu lagern.

Sofern eine tägliche Abholung der Tierkörper nicht erfolgen kann, ist der Raum bei höheren Außentemperaturen so zu kühlen, dass eine vorzeitige Zersetzung der Tierkörper verhindert wird (**bei ca. 7°C**).

Die dort bei der Reinigung anfallenden Abwässer sind aufzufangen und schadlos zu entsorgen.

- Kadaverlagerung

Der Standort ist so zu wählen, dass eine Abholung ohne ein Befahren des Betriebsgeländes der Schweinehaltung möglich ist.

Der Raum und die für die Unterbringung der toten Schweine genutzten Behälter sind nach der Abholung unverzüglich zu reinigen und zu desinfizieren.

- Lichteinfall

Hinsichtlich der einzurichtenden **Flächen für den Einfall von Tageslicht** nach § 22 Abs. 4 und § 26 Abs. 2 der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung (TierSchNutzV) wird festgestellt, **dass die geforderte Lichteinfallsfläche von mindestens 3 % der Stallgrundfläche einzuhalten ist.**

Aufgrund der geplanten Bauweise (Außengänge) und großen Stallbreite (ca. 30 m) ist nach den vorgelegten Unterlagen ein ausreichender direkter Lichteinfall in die Abteile über Fenster nicht möglich.

Der erforderliche Lichteinfall in der Größenordnung von 3 % ist deshalb über Lichteinfallsflächen im Dach bzw. in der Decke sicherzustellen.

Abweichungen bedürfen der vorherigen amtstierärztlichen Zustimmung.

Gesundheitsdienst für Landkreis und Stadt Osnabrück

1. Die Stallanlagen sind weitgehend gegen Schädlinge zu sichern. Hierzu gehört auch eine Vermeidung von Futtermittelresten außerhalb der Stallgebäude.
Bei einem Befall mit Wanderratten sind sachgerechte Tilgungsmaßnahmen nach der Niedersächsischen Rattenbekämpfungsverordnung durchzuführen oder durchführen zu lassen.
2. Die Tiertränken sind gegenüber der Trinkwasserinstallation der öffentlichen Trinkwasserversorgung gemäß DIN 1988-100 in Verbindung mit DIN EN 1717 abzusichern. Sollte zum Teil Brunnenwasser zum Tränken der Tiere verwendet werden, dürfen die beiden Systeme entsprechend den gesetzlichen Vorschriften nur über einen freien Auslauf miteinander verbunden werden.
Wird ggf. Brunnenwasser auch im Sinne des § 3 Trinkwasserverordnung (Nahrungszubereitung, Körperpflege etc.) verwendet, ist dies dem Gesundheitsdienst für Landkreis und Stadt Osnabrück anzuzeigen.
3. Zum Schutz evtl. vorhandener Wasserschutzgebiete ist sowohl auf dem Betriebsgelände als auch bei der Ausbringung der Gülle auf einen besonderen Grundwasserschutz zu achten.
4. Aufgrund sich im Umfeld befindlicher Wohngebäude sind die vorgesehen Abluftanlagen möglichst emissionsminimierend auszulegen und zu betreiben.
5. Der Arzneimitteleinsatz (insbesondere Antibiotikagaben) ist zielgerichtet zu minimieren, um die Entwicklung und Ausbreitung resistenter Keime zu vermeiden.
6. Es ist beim Betrieb durch Einhaltung der notwendigen Hygienemaßnahmen darauf zu achten, dass keine pathogenen Keime in das Umfeld verschleppt werden.

Gemeinde Merzen

- **Über die Verkehrssicherungspflicht der Zufahrten und die Straßenunterhaltung ist mit der Gemeinde vor Baubeginn ein Sondernutzungsvertrag abzuschließen.**

V. Hinweise

WESTNETZ
Regionalzentrum Osnabrück
Netzplanung

- Die RWE Deutschland AG übernimmt keinerlei Haftung für irgendwelche Schäden oder Unfälle, die mit den durchzuführenden Bauarbeiten und den Versorgungseinrichtungen im Zusammenhang stehen.

Fachdienst Umwelt
Untere Wasserbehörde

- Güllelageranlagen, die nicht über entsprechende Leckerkennungsmaßnahmen verfügen, sind alle 10 Jahre auf ihre Dichtheit zu überprüfen.

Fachdienst 10
Veterinärdienst für Landkreis und Stadt Osnabrück

- Beim Bau und Betrieb der Anlage sind die Vorgaben der „Verordnung zum Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere und anderer zur Erzeugung tierischer Produkte gehaltener Tiere bei ihrer Haltung (**Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung** – TierSchNutztV)“ vom 22.08.2006 (BGBl. I S. 2043) in der geltenden Fassung zu beachten.
- Ferner sind die Vorschriften der Schweinehaltungshygieneverordnung (**SchHaltHygV**) vom 07.06.1999 (BGBl. I S. 1252) in geltender Fassung zu beachten.

Die von einem Betrieb der Größenordnung des Antragstellers einzuhaltenden tierseuchenrechtlichen Anforderungen nach der Schweinehaltungshygieneverordnung sind als weitere Anlage beigefügt.

Für den Betrieb Georg Weglage gelten neben den allgemeinen Bestimmungen die Anforderungen in den Anlagen 1 - 3 und 6 der Schweinehaltungshygieneverordnung.

VI. Allgemeine Hinweise

1. Die Anlage ist so zu errichten und zu betreiben, dass
 - a) schädliche Umwelteinwirkungen, sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft nicht hervorgerufen werden können,
 - b) Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen getroffen wird, insbesondere durch die dem Stand der Technik entsprechenden Maßnahmen;

- c) Abfälle vermieden, nicht zu vermeidende Abfälle verwertet und nicht zu verwertende Abfälle ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit beseitigt werden;
Abfälle sind nicht zu vermeiden, soweit die Vermeidung technisch nicht möglich oder nicht zumutbar ist;
die Vermeidung ist unzulässig, soweit sie zu nachteiligeren Umweltauswirkungen führt als die Verwertung;
die Verwertung und Beseitigung von Abfällen erfolgt nach den Vorschriften des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes und den sonstigen für die Abfälle geltenden Vorschriften;
 - d) Energie sparsam und effizient verwendet wird.
- 2. Die wesentliche Änderung der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebes der Anlage bedarf erneut der Genehmigung.
 - 3. Zur Erfüllung der sich aus dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen ergebenden Pflichten **können auch nach Erteilung dieser Genehmigung Anordnungen getroffen werden.**
 - 4. Zur Erfüllung von nachträglichen Anordnungen ist ggfs. eine Genehmigung erforderlich.
 - 5. Kommen Sie als Betreiber der genehmigungspflichtigen Anlage einer Auflage, einer vollziehbaren nachträglichen Anordnung oder einer anschließend bestimmten Pflicht aus einer Rechtsverordnung nach § 7 BImSchG nicht nach und betreffen die Auflage, die Anordnung oder die Pflicht, die Beschaffenheit oder den Betrieb der Anlage, kann die zuständige Behörde den Betrieb ganz oder teilweise bis zur Erfüllung der Auflage, der Anordnung oder der Pflichten aus der Rechtsverordnung gem. § 20 BImSchG untersagen.
 - 6. Die Genehmigung erlischt, wenn nicht innerhalb von 3 Jahren nach Bestandskraft der Genehmigung gem. § 18 BImSchG mit der Errichtung der Anlage begonnen wurde.

Auf Antrag kann diese Frist aus wichtigem Grunde verlängert werden, wenn dadurch der Zweck des Gesetzes nicht gefährdet wird.
Der Antrag ist vor Fristablauf zu stellen.

- 7. Die Genehmigung erlischt außerdem, wenn
 - a) die Anlage während eines Zeitraumes von mehr als drei Jahren nicht mehr betrieben worden ist,
 - b) das Genehmigungserfordernis aufgehoben wird.
- 8. Auf die sich aus § 62 BImSchG ergebenden Ordnungswidrigkeiten weise ich besonders hin.

Hiernach würden Sie u. a. ordnungswidrig handeln, wenn Sie vorsätzlich oder fahrlässig

- a) einer aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung über den Betrieb der Anlage zuwiderhandeln, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist,
- b) die Lage, die Beschaffenheit oder den Betrieb der Anlage ohne die Genehmigung nach § 16 Abs. 1 BImSchG wesentlich ändern,
- c) einer vollziehbaren Auflage oder einer vollziehbaren Anordnung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig nachkommen,

d) die Anlage entgegen der vollziehbaren Untersagung weiter betreiben.

9. Dieser Bescheid wird bestandskräftig,

a) nach einem Monat, wenn kein Widerspruch eingelegt wurde,

b) im Falle eines Verwaltungsstreits, spätestens zu dem Zeitpunkt, in dem dieser Bescheid durch letztinstanzliches Urteil bestätigt wird.

10. Ein Widerspruch hat aufschiebende Wirkung.

Sollten Sie trotzdem vor Ablauf der Rechtsmittelfrist mit den Bauarbeiten beginnen, besteht für Sie keine Möglichkeit, gegen den Landkreis Osnabrück nach § 839 BGB bzw. aus einem enteignungsgleichen Eingriff einen Schadenersatzanspruch geltend zu machen.

Ich mache darauf aufmerksam, dass der Vertrauensschutz erst nach Unanfechtbarkeit der Genehmigung wirksam wird.

VII. Begründung / Verfahrensablauf

1. Betriebsbeschreibung

Der Antragsteller bewirtschaftet in der Gemeinde Merzen einen landwirtschaftlichen Betrieb im Haupterwerb. Der Betriebsstandort auf dem die o.g. Bauvorhaben realisiert werden sollen, befindet sich im Außenbereich in der Gemarkung Südmerzen. Auf dem beantragten Standort sind insgesamt 4.280 Mastschweineplätze vorhanden und genehmigt. Weitere Tierhaltungsanlagen befinden sich im Umfeld, unter anderem die Hofstelle Weglage GbR. Entgegen der im Erörterungstermin erhobenen Einwendungen handelt es sich bei dem beantragten Standort um zwei getrennte Anlagen mit unterschiedlichen Betreibern.

2. Bauvorhaben

Herr Georg Weglage beantragt die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die wesentliche Änderung des Betriebes durch Neubau- und Änderungsmaßnahmen. Die zwei vorhandenen Mastschweineställe sollen erweitert werden. Der derzeit mit 1.980 Plätzen betriebene Stall (Betriebseinheit BE 1) soll um 1.932 Plätze (BE 4) und der derzeit mit 2.360 Plätzen betriebene Stall (BE 2) um 1.656 Plätze (BE 3) erweitert werden. Die gesamten Ställe sollen dann mit DLG- zertifizierten Abluftreinigungsanlagen ausgestattet werden. Für die Betriebseinheiten 1 und 4 und die Betriebseinheiten 2 und 3 jeweils eine Abluftreinigungsanlage. Der bislang eingesetzte Korte- Stroot- Filter in der Betriebseinheit 2 soll nach Fertigstellung der beantragten Maßnahmen außer Betrieb genommen werden. Gemäß Antragsunterlagen sollen die Ställe mit einem 1-stufigem biologischen Abluftwäscher (Rieselbettreaktor) der Firma RIMU – Agrartechnologie GmbH, Königsbrunn ausgestattet werden. Diese Abluftreinigungsanlage ist gemäß Cloppenburg Leitfaden und DLG- Nachzertifizierung zertifiziert. Durch den Einsatz der Abluftreinigungsanlagen können folgende Reinigungsleistungen erzielt werden:

Geruchsreduzierung: Reingasgehalt < 300 GE, kein Rohgasgeruch im Reingas wahrnehmbar, Eigen- geruch nach 100 m abgebaut; b) Ammoniakreduzierung: > 70 %, c) Staubreduzierung: > 70 %.

Auf dem Betriebsstandort sind nach Fertigstellung des o.g. Bauvorhabens an Stallplätzen vorhanden:

Tierart	Stallplätze
Mastschweine	7.868

3. Immissionsschutzrechtliche Bewertung

Die Immissionsschutzrechtliche Bewertung des o.g. Bauvorhabens erfolgt auf Basis der

- Antragsunterlagen einschließlich Umweltverträglichkeitsstudie (UVS),
- Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft),
- Geruchs-Immissionsrichtlinie des Landes Niedersachsen (GIRL),
- VDI-Richtlinien 3471 – 3473 (Entwurf), 3894 (1).

Diese technischen Regelwerke beinhalten Grenzwertregelungen für die von Tierhaltungsanlagen ausgehenden Geruchs-, Ammoniak- und Staubemissionen.

Die Besatzdichte beträgt im Istzustand 599,2 Großvieheinheiten (GV) und erhöht sich im Planzustand auf 1.101,5 GV. Für die Bewertung der Anlage wurden die in der Betriebsbeschreibung des Antrages gemachten Angaben und die vorliegende Umweltverträglichkeitsstudie erstellt von der LWK Niedersachsen (anerkannte Messstelle nach §26 BImSchG) aus März 2013 inkl. Ergänzung aus Juni 2013 verwendet. Der Standort des geplanten Bauvorhabens und das umgebende Untersuchungsgebiet liegen planungsrechtlich im Außenbereich der Gemeinde Merzen.

Auf Grund der Tierzahlen ist ein Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz gem. 4. BImSchV Anhang 1 Nr. 7.1.7.1 erforderlich mit Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gem. UVPG Anhang 1 Nr.7.7.1 Spalte 1.

Beurteilung der Geruchsemissionen

In dieser Beurteilung ist zu klären, inwieweit sich infolge der beantragten Baumaßnahmen quantitative Veränderungen der Geruchsimmissionen ergeben.

Die von einer Stallanlage ausgehenden Geruchsemissionen lassen sich über die Ermittlung des Geruchsmassenstroms quantifizieren. Dieses erfolgt auf Grundlage von Geruchsemissionsfaktoren (VDI 3894 (1), 09/2011). In den nachfolgenden Tabellen erfolgt eine Darstellung des Geruchsmassenstroms sowohl im Ist- als auch im Plan-Zustand.

Ist-Situation

Tierart	Stallplätze	GV-Schlüssel	GE s ⁻¹ *GV ⁻¹	mittl. Geruchsmassenstrom in GE/Sek.
Mastschweine	1.980	0,14	50	13.860,0
Mastschweine	2.300	0,14	15*	4.830,0
			Summe:	18.690,0

*70 %ige Geruchsminderung durch Korte-Stroot-Abluftreinigungsanlage (nicht DLG- zertifiziert)

Plan-Situation (beantragter Bestand)

Tierart	Stallplätze	GV-Schlüssel	GE s ⁻¹ *GV ⁻¹	mittl. Geruchsmassenstrom in GE/Sek.
Mastschweine	7.868	0,14	0*	0
			Summe:	0

*Abluftreinigungsanlage (RIMU): Geruchsreduzierung: Reingasgehalt < 300 GE; Kein Rohgasgeruch wahrnehmbar, Eigengeruch nach 100m abgebaut

Der mittlere Geruchsmassenstrom des beantragten Tierbestandes liegt unter dem des vorhandenen Bestandes. Die Geruchsemissionen verringern sich um 18.690,0 GE/s somit prozentual um 100 %. Durch das Bauvorhaben wird die Immissionssituation für die im Umfeld des Anlagenstandortes liegenden Wohnhäuser somit nicht verschlechtert.

Aus Vorsorgeaspekten wurde aber dennoch ein Geruchsgutachten gem. GIRL vorgelegt. In diesem vorliegenden Immissionsschutzgutachten im Rahmen der Umweltverträglichkeitsstudie aus März 2013 wurde eine Ausbreitungsrechnung nach der in der GIRL vorgegebenen Methodik durchgeführt. Gemäß Ziffer 4.5 der GIRL wurde hierbei das Ausbreitungsmodell AUSTAL2000 mit der Software-Plattform AustalView, Version 6.2.0 angewandt. Nach VDI 3945 Blatt 1 wird das Partikelmodell verwendet. Ebenso erfolgt die Bewertung auf Grundlage von VDI 3894 Blatt 1 und VDI 3783 Blatt 13. Für die Meteorologischen Grundlagen wurden die Daten den durchschnittlichen Witterungsverlauf (Ausbreitungsklassenstatistik) der Wetterstation Diepholz verwendet (Messzeitraum 1994 – 2008). Für die Rauigkeitslänge wurde $z_0 = 0,20$ angegeben. Dieses ist plausibel und nachvollziehbar. Aufgrund des hohen Vorkommens von viehhaltenden Betrieben im Umfeld des Betriebs Weglage, wurden alle landwirtschaftlichen Betriebe in einem Umkreis von 1,2 km, die die Geruchsimmissionen beeinflussen können, mit erfasst.

Die Ergebnisse des Gutachtens lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Der Grenzwert für den Außenbereich (20 %) wird sowohl in der Plan- als auch in der Ist- Situation gegenüber den Wohnhäusern die sich im Untersuchungsgebiet im Umfeld um die Tierhaltungsbetriebe befinden nicht eingehalten. Die Gesamtbelastung an Geruchsimmissionen im derzeitigen Zustand beträgt maximal 31 % der Jahresstunden. Diese werden an einem Wohnhaus, ca. 1,2 km westlich des Anlagenstandortes erreicht. Durch die geplanten Maßnahmen werden sich die Geruchsstundenhäufigkeiten reduzieren. Es werden maximal 28 % der Jahresgeruchsstundenhäufigkeiten erreicht.

Im Untersuchungsgebiet steigen demnach die Geruchsimmissionen, die von den geplanten Umstrukturierungen/ Erweiterungen ausgehen, nicht weiter an bzw. verringern sich.

Die Wohnhäuser, die sich auf den landwirtschaftlichen Betrieben mit eigener Tierhaltung befinden, sind laut GIRL (gem. RdErl. d. MU, d. MS, d. ML u. d. MW v. 23.07.2009 – 33-40500/201.2 – v. 23.06.2009 Nds. MBI Nr.36/2009 S.794 – VORIS 28500 – Abschnitt „Vorgehen im landwirtschaftlichen Bereich, Betrachtung benachbarter Tierhaltungsanlagen“) nicht in die Beurteilung der Geruchsimmissionssituation einzubeziehen, da die Anwohner in einer durch Viehhaltung geprägten Region aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu dieser „Schicksalsgemeinschaft“ eine entsprechende Geruchskulisse zu tolerieren haben und daher keinen Schutzanspruch genießen. Dies gilt beim Vorhandensein von gleichen Tierarten auf benachbarten Betrieben.

Aufgrund der dargelegten Einordnung ist der Bau und Betrieb der beantragten Vorhaben am Anlagenstandort unter Berücksichtigung der dieser Beurteilung zugrunde gelegten Annahmen hinsichtlich der Auslegung der beantragten Maßnahmen nach Maßgaben der GIRL aus immissionsschutzfachlicher Sicht vertretbar. Der Betriebsleiter ergreift alle ihm zur Verfügung stehenden emissionsmindernden Maßnahmen durch die Komplettfilterung dieser Stallanlage.

Beurteilung der Ammoniakemissionen

Die Bewertung der von der beantragten Anlage ausgehenden Ammoniakemissionen erfolgt auf Grundlage der VDI 3894 (1) in einer vergleichenden Betrachtung.

Ist- Situation

Betriebs-einheit	Nutzung	Stallplätze	NH ₃ - Emissions-faktor je TP in kg/a	NH ₃ - Emission je Tiergruppe in kg/a
1	Mastschweine	1.980	3,64	7.207,2
2	Mastschweine	2.300	1,82*	4.186,0*
Summe				11.393,2

*50 %ige Ammoniakminderung durch Korte-Stroot-Abluftreinigungsanlage (nicht DLG- zertifiziert)

Plan- Situation

Betriebs- einheit	Nutzung	Stallplätze	NH ₃ - Emissions- faktor je TP in kg/a	NH ₃ - Emissionje Tiergruppe in kg/a
1	Mastschweine	1.980	0,8736*	1.729,7
2	Mastschweine	2.300	0,8736*	2.009,3
3	Mastschweine	1.656	0,8736*	1.446,7
4	Mastschweine	1.932	0,8736*	1.687,8
Summe				6.873,5

*Abluftreinigungsanlage (RIMU): Ammoniakreduzierung: > 70 %, Einsatz RAM- Futter: Ammoniakreduzierung 20 %

In der Plan- Situation werden sich die Ammoniakemissionen gegenüber der Ist- Situation um 4.519,7 kg verringern. Das sind rund 40% Ammoniakemissionsminderung, trotz einer Anlagenerweiterung von 80 %. Der RAM- Futter Einsatz wird in beiden Darstellungen mit einer 20%- igen Emissionsminderung berücksichtigt.

Gemäß der Abstandbeurteilung Ammoniak nach Anhang 1 TA Luft, beträgt der einzuhaltende Mindestabstand zu Pflanzen und Ökosystemen, bei 6,87 Mg/a jährlich emittierter Ammoniakmenge, 535 m. Dieser Abstand wird gegenüber den 400-480 m nördlich, südlich und östlich vom Anlagenort liegenden Wälder nicht eingehalten und erfordert somit eine Ausbreitungsberechnung. Zur weiteren Prüfung ist deshalb eine auf die o. g. Wälder bezogene gutachterliche Prognose und Beurteilung der Ammoniakimmissionen sowie auch der Ammoniakdeposition erforderlich gewesen. Diese wurde im Rahmen der UVS aus März 2013 und auf Grund einer Mitteilung des Niedersächsischen Ministerium für Umwelt und Klimaschutz vom 17.06.2013 über die Berechnung der Stickstoffdeposition im Rahmen der Ausbreitungsrechnung nach TA Luft am 21.06.2013 durch eine Neuberechnung der N- Deposition durch den Ersteller der UVS ergänzt.

Die Ergebnisse der UVS und der Ergänzung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die Ergebnisse der Ausbreitungsrechnungen zur Ammoniakkonzentration zeigen, dass der Grenzwert von 3,49 µg/m³ gegenüber den umliegenden Waldflächen sowohl in der gegenwärtigen als auch in der Plan- Situation eingehalten wird. In der Plan- Situation werden sich die Ammoniakimmissionen deutlich verringern. Die Maximalbelastung von 3,0 µg/m³ in dem nördlich gelegenen Wald, wird in der Plan- Situation auf eine die Maximalbelastung von 1,3 µg/m³ zurückgehen, dies ist im Vergleich zur Ist- Situation ein 50%iger Belastungsrückgang. Die Gesamtbelastung in der Ist- Situation liegt im oberen Bereich von 10µg/m³ - erreicht in der Plan- Situation eine deutliche Verbesserung.

Die Ergebnisse der ermittelten Stickstoffdeposition stellen im Plan- Zustand eine deutliche Verbesserung im Gegensatz zum Ist- Zustand dar. Während in der gegenwärtigen Situation die höchste N-Deposition ggü. Waldflächen in der nördlichen Waldfläche von etwa 15 kg N/ (ha und a) erreicht werden, verringern sich die Einträge durch die Ausschöpfung der emissionsmindernden Maßnahmen auf maximal 5,7 kg N/ (ha und a).

Der Grenzwert von 5kg N/ha/a wird gegenüber den nördlich und südlich gelegenen Wäldern eingehalten. In der östlich gelegenen Waldfläche verringert sich die Stickstoffdeposition von 11,4 kg N/ (ha*a) auf 5,7 kg N/(ha*a).

Es wird eine wesentliche Verbesserung der Ammoniakimmissionssituation durch Ausnutzung der emissionsmindernden Maßnahmen erreicht.

Zu den in Einwendungen vorgebrachten möglichen Einträgen in das FFH-Gebiet Gehn wird auf die Aussagen und Stellungnahmen der Unteren Naturschutzbehörde und des Erstellers der UVS im Erörterungstermin verwiesen.

Beurteilung der Schwebstaubemissionen

Nach Nr. 4.6.1.1 der TA Luft ist eine Bestimmung der Schwebstaubimmissionen erforderlich, wenn ein Bagatellmassenstrom von 1 kg/h einatembarer Staub für gerichtete Quellen nach Ziffer 5.5 der TA Luft (Abluftaustrittshöhe > 10 m über Grund und > 3m über First) bzw. von 0,1 kg/h für diffuse Quellen überschritten wird.

Die Gesamtstaubemissionen für den Anlagenstandort Weglage stellen sich wie folgt dar (nach VDI 3894 (1), 09/2011):

Tierart (Haltungsform)	Stallplätze	Staubfreisetzung	
		kg/ TP u. a	g/ h
Mastschweine (Flüssigmist)	7.868	0,18*	161,7
Gesamt:			161,7

*Abluftreinigungsanlage: Staubreduzierung > 70%

Die Gesamtstaubemissionen der beantragten Tierhaltung betragen 162 g/h und liegen damit über dem für diffuse Quellen geltenden Bagatellmassenstrom von 0,1 kg/h (gerundet maximal 149,0 g/h). Die Kriterien für gerichtete Quellen werden von den gesamten Betriebseinheiten eingehalten, somit wird der Bagatellmassenstrom für gerichtete Quellen von 1 kg/h eingehalten. Die Gesamtstaubemissionen liegen mit 162 g/h über 80% unterhalb des Bagatellmassenstromes. Eine weitergehende Prüfung zur Irrelevanz der zu erwartenden PM₁₀-Zusatzbelastung nach Anhang 3 der TA Luft ist nicht erforderlich.

Der Landkreis Osnabrück fordert dementsprechend auch auf Grundlage des Gem. RdErl. d. MU, d.MS u. d. ML v. 22.03.2013 -33-40501/207.01- Durchführung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren hier: Abluftreinigungsanlagen in Schweinehaltungsanlagen und Anlagen für Mastgeflügel sowie Bioaerosolproblematik in Schweine- und Geflügelhaltungsanlagen Sachverständigengutachten, bei denen im ersten Schritt Ausbreitungsrechnungen für die Schwebstaubkonzentrationen PM₁₀ und PM_{2,5} eine Beurteilung des Gefährdungspotentials durch Bioaerosole gefordert werden. Soweit die Irrelevanzgrenze von 1,2 µg/m³ bei PM₁₀- Stäuben bzw. 0,75 µg/m³ bei PM_{2,5}- Stäuben an den Immissionsorten eingehalten wird, ist nicht von schädlichen Umwelteinwirkungen auszugehen. Sollten diese Werte überschritten werden, ist eine weitergehende Betrachtung mit Bioaerosolmessungen erforderlich.

Da von dem Antragsteller Maßnahmen zur Reduktion der Keimemissionen im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens geplant sind, hätte auf die weitergehende Untersuchung verzichtet werden können. Aus Vorsorgegesichtspunkten wurden dennoch Ausbreitungsrechnungen für die PM₁₀- und PM_{2,5}- Stäube innerhalb der UVS durchgeführt.

Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die Zusatzbelastung mit Feinstäuben PM_{2,5} und PM₁₀ liegen im Bereich der nächstgelegenen benachbarten Wohngebäude jeweils unterhalb der Irrelevanzgrenze liegen. Für Details wird auf die UVS verwiesen.

Die Beurteilung zu den Bioaerosolen erfolgt vom FD 8 - Gesundheitsdienst.

Beurteilung der Geräuschemissionen

Nach Maßgabe der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) von 1998 darf der Geräuschpegel an Immissionsorten außerhalb von Gebäuden in Kerngebieten, Dorfgebieten und Mischgebieten (in dieser Kategorie sind auch Außenbereichslagen einzuordnen) tagsüber, d.h. zwischen 6 Uhr morgens und 22 Uhr abends 60 dB (A) und nachts, d.h. von 22 Uhr abends bis 6 Uhr morgens 45 dB (A) nicht überschreiten. Einzelne kurzfristige Geräuschspitzen dürfen die Immissionsrichtwerte am Tage um nicht mehr als 30 dB (A) und in der Nacht um nicht mehr als 20 dB (A) überschreiten.

Im vorliegenden Genehmigungsverfahren ist mit Geräuschen durch Tieran- und -ablieferungen, Kadavertransporte, Futteranlieferungen und Gülleabholung zu rechnen.

Es ist zu erwarten, dass die Geräuschemissionen, die von dem Betrieb Weglage ausgehen werden, keine erheblichen bzw. unzumutbaren Belästigungen der Anwohner verursachen werden. Dieses ist laut UVS unter der Voraussetzung, dass die Anlieferung von Futtermitteln sowie die Gülleabfuhr innerhalb der Tagzeiten (6 – 22 Uhr) stattfinden.

Kurzzeitige und auf wenige Fallzahlen beschränkte Überschreitungen der Beurteilungswerte sind nach Maßgabe der TA Lärm zulässig.

Der Landkreis Osnabrück behält sich vor, auf Kosten des Betreibers zur Nachprüfbarkeit der Einhaltung der Lärm- und Immissionsrichtwerte, durch gutachterliche Stellungnahme oder Ermittlung einer anerkannten Stelle eine Geräuschemessung nach Inbetriebnahme durchführen zu lassen. Bei einer Überschreitung der zulässigen Lärmwerte gem. TA Lärm können dem Betreiber entsprechende weitergehende Maßnahmen zur Minderung der Lärmimmissionen auferlegt werden.

4. Zusammenfassende Beurteilung

Herr Georg Weglage beantragt die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die wesentliche Änderung des Betriebes durch Neubau- und Änderungsmaßnahmen. Die zwei vorhandenen Mast-schweineställe sollen erweitert werden. Der derzeit mit 1.980 Plätzen betriebene Stall soll um 1.932 Plätze und der derzeit mit 2.360 Plätzen betriebene Stall um 1.656 Plätze erweitert werden. Beide Ställe sollen dann jeweils mit einer DLG- zertifizierten Abluftreinigungsanlage ausgestattet werden. Diese Bauvorhaben befinden sich auf dem Flurstück 153/2 in der Flur 6 der Gemarkung Südmerzen. Die Geruchsbelastung die von der geplanten Anlage ausgehen wird, wird aufgrund der geplanten Filterung auf null zurückgehen. Die Ammoniakemission wird eine mindestens 40% Minderung erfahren. Die gesamte Staubemission wird die Bagatellmasse um knapp 80% unterschreiten und somit wird eine weitergehende Prüfung nicht mehr notwendig sein. Ebenso wird davon ausgegangen, dass von dem Betrieb Georg Weglage keine erheblichen und unzumutbaren Belästigungen der Anwohner durch Geräuschemissionen ausgehen werden und somit vorerst keine weiteren Messungen notwendig sein werden.

Gegen die Erweiterung bestehen, unter Beachtung der in den Genehmigungsbescheid aufzunehmenden Auflagen, aus immissionsschutzrechtlicher Sicht keine Bedenken.

Es werden durch den Antragsteller weitgehende emissionsmindernde Maßnahmen zur Immissionsreduzierung ergriffen.

Eine immissionsschutzrechtliche Abnahme ist vor Inbetriebnahme erforderlich.

Zusammenfassende Darstellung der Umweltauswirkung nach § 11 UVPG für das Bauvorhaben Weglage, Gemarkung Südmerzen Flur 6, Flurstück 153/2

Auf der Grundlage der eingereichten Antragsunterlagen, den behördlichen Stellungnahmen und den Äußerungen der Öffentlichkeit werden im Folgenden die Umweltauswirkungen des Vorhabens sowie die Maßnahmen, mit denen erhebliche nachteilige Umweltbelastungen vermieden, vermindert oder ausgeglichen werden, zusammengefasst.

a) Menschen

Beschreibung und Bewertung des Bestandes

Mit der Umsetzung des Bauvorhabens könnten Geruch, Lärm, Ammoniak und Staub schädigend auf Menschen einwirken.

Beschreibung der Umweltauswirkungen und Darstellung der Vermeidungs-, Verminderungs- und Kompensationsmaßnahmen

Im Zusammenhang mit der geplanten Baumaßnahme wird eine DLG-zertifizierte Abluftreinigungsanlage installiert werden. Diese Abluftreinigungsanlage filtert Geruch, Ammoniak und Staub wirksam aus. Gerüche sind in ca. 100 m nicht mehr wahrnehmbar, Ammoniak wird trotz Erweiterung des Betriebes um ca. 40% reduziert und die Staubemissionen liegen nach Fertigstellung ca. 90% unter der Bagatellmasse.

Lärm durch Zuliefer- und Abtransporte wird entstehen. Da es sich um eine bestehende Hofanlage handelt, die mit den geplanten Maßnahmen erweitert wird, steigert sich der verkehrsbedingte Lärm zwar, aber nicht wesentlich in der Häufigkeit und wird zudem beschränkt auf die Zeiten zwischen 06:00 Uhr und 22:00 Uhr.

Im normalen Betrieb der Anlage wird der Lärmpegel am nächstgelegenen Wohnhaus bei ca. 39 dB(A) liegen und damit sogar den zulässigen Nachtwert unterschreiten.

b) Flora und Fauna

Beschreibung und Bewertung des Bestandes

Das gesamte Gebiet ist geprägt von landwirtschaftlicher Nutzung. Sensible Ökosysteme (Wald) befinden sich in einer Entfernung von mehr als 400 m. Als vorrangige Faunaart sind bodenbrütende Vögel zu betrachten.

Beschreibung der Umweltauswirkungen und Darstellung der Vermeidungs-, Verminderungs- und Kompensationsmaßnahmen

Beeinträchtigungen durch z.B. Ammoniak sind bei den umliegenden Ackerflächen nicht zu befürchten. Durch den Einsatz eines DLG-zertifizierten Filters, der auch bisher ungefilterte Bereiche der Tierhaltungsanlage reinigt, sinken die N-Einträge in den Waldflächen erheblich ab, so dass sie den Obergrenzen der zu tolerierenden N-Zusatzdepositionen im Leitfaden des LAI entsprechen.

Die Tierwelt im Nahbereich ist ebenfalls der intensiven Bodennutzung angepasst, so dass auch hier Beeinträchtigungen weitgehend auszuschließen sind. Die im Auftrag des Bauherrn durchgeführte Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (SaP) kam zu dem Ergebnis, dass durch das Vorhaben keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände ausgelöst werden.

c) Boden

Beschreibung und Bewertung des Bestandes

Durch die Baumaßnahmen wird Boden abgetragen, der nicht mehr für die Vegetation dienen kann. Es handelt sich um humosen Oberboden, Feinsand und Lehm. Grundsätzlich wird von dem Bauvorhaben der Biototyp „Acker“ betroffen.

Beschreibung der Umweltauswirkungen und Darstellung der Vermeidungs-, Verminderungs- und Kompensationsmaßnahmen

Das Abtragen des Bodens erfolgt auf einer Fläche insgesamt ca. 5.100m². Da im Umfeld mehrere landwirtschaftliche Betriebe liegen, die Ackerbau und Viehzucht betreiben, wobei Ackerflächen ca. 90% ausmachen, ist der Verlust der nicht mehr beackerbaren Fläche verhältnismäßig gering.

Der abgetragene Oberboden wird einer sinnvollen weiteren Nutzung zugeführt.

Als Ausgleichsmaßnahme erfolgt eine Kompensation in Form von z.B. Hecken mit einer Länge von ca. 280 m und 6 m Breite, die in fünf Reihen gepflanzt werden.

Darüber hinaus wird als weitere Maßnahme ca. 4 Kilometer nördlich der Hofstelle eine Fläche aufgeforstet mit heimischen, standortgerechten Laubgehölzen. Ferner werden in ca. 120 m westlicher Entfernung von der Hofstelle weitere Feldgehölze angelegt werden.

d) Wasser

Beschreibung und Bewertung des Bestandes

Wasserschutzgebiete oder Wasservorranggebiete sind im Untersuchungsgebiet nicht vorhanden. Einige Gräben im Untersuchungsgebiet dienen vorrangig der Entwässerung. Kleinere Teiche sind vorhanden.

Beschreibung der Umweltauswirkungen und Darstellung der Vermeidungs-, Verminderungs- und Kompensationsmaßnahmen

Die Regenwasserversickerung erfolgt über Mulden im Nahbereich des Stallgebäudes oder wird über das vorhandene Entwässerungssystem abgeleitet.

Der ökologische Wert der Gewässer in der Nähe ist aus verschiedenen Gründen gering. Eine negative Beeinflussung durch das Bauvorhaben ist nicht zu erwarten.

Oberflächenwasser und Schmutzwasser wird getrennt abgeführt. Das bei der Stallreinigung und beim Betrieb der Abluftreinigungsanlage anfallende Schmutzwasser wird gesammelt und zusammen mit dem Wirtschaftsdünger auf der landwirtschaftlichen Nutzfläche ausgebracht.

Das Grundwasser ist nicht gefährdet.

e) Luft/Klima

Beschreibung und Bewertung des Bestandes

Tierhaltungsanlage lassen regelmäßig auf eine Verunreinigung der Luft schließen.

Beschreibung der Umweltauswirkungen und Darstellung der Vermeidungs-, Verminderungs- und Kompensationsmaßnahmen

Durch den Einsatz einer DLG-zertifizierten Abluftreinigungsanlage werden auch Gerüche wirksam ausgefiltert, so dass ab einer Entfernung von 100 m keine Gerüche mehr wahrzunehmen sind.

Aufgrund der geringen Flächenausdehnung des Bauvorhabens beschränken sich die Auswirkungen auf das Mikroklima. Nennenswerte Auswirkungen sind auch auf das Mikroklima auszuschließen, dies auch aufgrund der Kompensationsmaßnahmen.

f) Landschaft

Beschreibung und Bewertung des Bestandes

Durch die Erweiterung der Schweinemastanlage werden Gebäude vergrößert. Dadurch könnte eine Veränderung des Landschaftsbildes entstehen.

Im Regionalen Raumordnungsprogramm ist das Beurteilungsgebiet als Vorsorgegebiet für Landwirtschaft vorgesehen. Der Flächennutzungsplan der Samtgemeinde Neuenkirchen stuft das Gebiet als Fläche für die Landwirtschaft ein.

Beschreibung der Umweltauswirkungen und Darstellung der Vermeidungs-, Verminderungs- und Kompensationsmaßnahmen

Der Betrieb Weglage liegt in einem agrarisch intensiv genutzten waldarmen Gebiet. Durch die bereits vorhandenen Intensivtierhaltungen in der Nachbarschaft sind Veränderungen im Landschaftsbild entstanden. Das Bauvorhaben Weglage wird daher nur zu einer geringfügigen Veränderung des Landschaftsbildes führen.

Die Beeinflussung der Landschaft wird gemindert durch das Eingrünen der Gebäude, wie unter Punkt „Boden“ beschrieben.

g) Kultur und Sachgüter

Beschreibung und Bewertung des Bestandes

Es befinden sich in der Nähe der Hofstelle keine besonders sensiblen Kultur- und Sachgüter, so dass eine

Beschreibung der Umweltauswirkungen und Darstellung der Vermeidungs-, Verminderungs- und Kompensationsmaßnahmen an dieser Stelle entfallen kann.

h) Wechselwirkungen

Anhaltspunkte für das Vorliegen erheblicher Nachteile für Pflanzen, Ökosysteme und Menschen liegen nicht vor. Stellt man die Beeinträchtigungen, die das Vorhaben auf Menschen (insbesondere die umliegende Nachbarschaft) und Natur haben wird und die Vorteile, die der Bauherr und das Umfeld dadurch haben werden gegenüber, überwiegt das Interesse des Bauherrn.

Bewertung der Umweltauswirkungen und Berücksichtigung des Ergebnisses bei der Entscheidung nach § 12 UVPG

Durch das Bauvorhaben wird es Beeinträchtigungen geben. Die Beeinträchtigungen werden durch die geplanten Gegenmaßnahmen auf einem sehr niedrigen Niveau gehalten. In Teilen werden sogar Verbesserungen im Vergleich zur heutigen Situation erzielt, weil bisher ungefilterte Tierhaltungsbereiche nunmehr gefiltert werden. Alle Vorschriften hinsichtlich der naturschutzrechtlichen, wasserschutzrechtlichen und immissionsschutzrechtlichen Belange sind nach den vorliegenden Gutachten eingehalten.

Das Bauvorhaben ist zulässig.

Für die beantragten Maßnahmen (Wesentliche Änderung) war gem. § 16 BImSchG i. V. mit § 1 Abs.1 und der lfd. Nr. 7.1.7.1, Spalte C, Buchstabe G (vormals Spalte 1) des Anhangs Nr. 1 der 4. BImSchV) ein förmliches Verfahren einschließlich einer Umweltverträglichkeitsuntersuchung durchzuführen.

Das Vorhaben wurde gem. § 10 Abs. 3 BImSchG und § 9 UVPG am 15.05.2013 im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück und dem Bersenbrücker Kreisblatt öffentlich bekannt gemacht und in der Zeit vom 22.05.2013 bis zum 21.06.2013 beim Landkreis Osnabrück und der Gemeinde Merzen zur allgemeinen Einsichtnahme ausgelegt.

In dieser Zeit und bis zum Ablauf der Einwendungsfrist, dass war am 05.07.2013, wurden form- und fristgerecht Einwendungen von Herrn Josef Klausning, Hauptstraße 63, 49586 Merzen und dem Umweltforum Osnabrück Land e.V. erhoben.

Die erhobenen Einwendungen wurden am 23.07.2013 beim Landkreis Osnabrück erörtert.

Die Niederschrift über die Sitzung wurde allen Beteiligten einschließlich den Einwendern am 05.08.2013 überbracht bzw. zugesandt.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens wurden die Stellungnahmen folgender Behörden und Träger öffentlicher Belange vorgelegt:

Gemeinde Merzen, Samtgemeinde Neuenkirchen, WESTNETZ, Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, Landwirtschaftskammer Niedersachsen (Außenstelle Bersenbrück), beim Landkreis Osnabrück die Fachdienste Ordnung (Brandschutz), Umwelt (Untere Naturschutz- und Waldbehörde, Untere Wasserbehörde), Veterinärdienst für Landkreis und Stadt Osnabrück, Gesundheitsdienst für Landkreis und Stadt Osnabrück sowie Planen und Bauen.

Von den beteiligten Stellen wurden keine negativen Stellungnahmen abgegeben.

Seitens der Unteren Naturschutz- und Waldbehörde wurde festgestellt, dass artenschutzrechtliche Verbotstatbestände durch die geplanten Maßnahmen nicht ausgelöst werden.

Aufgrund den vorliegenden Stellungnahmen, Antragsunterlagen und Gutachterliche Äußerungen sowie der durchgeführten Erörterung wird der Genehmigungsbescheid mit Nebenbestimmungen zur Minimierung der Emissionen / Immissionen versehen um zu gewährleisten, dass von der Anlage keine unzulässige Geruchsimmissionen für die im Umfeld liegenden Wohnhäuser oder sonstigen Nutzungen, keine Verschlechterungen auf Gewässer ebenso wie Schäden an empfindlichen Pflanzen und Ökosystemen durch Einwirkung von Ammoniak sowie unzulässige Staubemissionen ausgehen.

Darüber hinaus wird im Genehmigungsbescheid darauf hingewiesen, dass auch nach Erteilung der Genehmigung Anordnungen getroffen werden können, um die Erfüllung der sich aus dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen ergebenden Pflichten zu gewährleisten. **Zudem wird der Bescheid mit einem Auflagenvorbehalt versehen.**

Das heißt, sollte sich die Immissionssituation anders darstellen als jetzt beurteilt, **ist eine nachträgliche Korrektur durch weitergehende immissionsschutztechnische Anordnungen möglich (bspw. Verbesserung / Nachrüstung von Anlagenteilen).**

Das Verfahren wurde und wird gemäß den §§ 1 - 12, 13, 14, 18, 19, 20 - 21, der 9. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über das Genehmigungsverfahren – 9. BImSchV vom 29.05.1992 (BGBl. I S. 1001) in der zur Zeit geltenden Fassung durchgeführt.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass unter Berücksichtigung der verfügbaren Nebenbestimmungen gem. § 12 BImSchG die Betreiberpflichten gem. § 5 BImSchG sichergestellt werden und somit keine Tatsachen vorliegen, die eine Ablehnung rechtfertigen würden.

Dem Antrag war daher gemäß § 6 BImSchG zu entsprechen.

Diese Entscheidung ist den am Verfahren Beteiligten zu übermitteln und öffentlich bekannt zu geben. Die Bekanntgabe erfolgt im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück und dem Bersenbrücker Kreisblatt.

VIII. Kosten

Sie haben die Kosten des Genehmigungsverfahrens (Gebühren, Auslagen, einschließlich der bauaufsichtlichen Genehmigung, Prüfung der statischen Unterlagen und Veröffentlichungen) zu tragen.

Über die Höhe der Kosten ergeht ein gesonderter Bescheid.

Die Kostenlastentscheidung beruht auf den §§ 1, 5, 9 und 13 des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes (NVwKostG) sowie § 1 der Allgemeinen Gebührenordnung (AllGO) und der lfd. Tarif-Nr. 44 des Kostentarifs in der derzeit geltenden Fassung.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Widerspruch eingelegt werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landkreis Osnabrück, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück einzulegen.

Mit freundlichem Gruß
Im Auftrage

Anlagen

- Ausfertigung des Antragsunterlagen – Bauherr
- Hinweise zu den Unfallverhütungsvorschriften
- Erklärung über die Ausführung von Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Gülle und Jauche
- Tierschutznutztierhaltungsverordnung
- Schweinehaltungshygieneverordnung